

StVV am 15. Dezember 2023

TOP 11: Beratung und Beschlussfassung Haushaltsplan 2024

Anrede,

keine einfachen Zeiten – nicht nur was die kommunalen Finanzen in Lampertheim – betrifft.

Kriege und Krisenherde mit weiterhin anhaltenden Flüchtlingsströmen, eine Energie- und Klimakrise sowie eine aufziehende Wirtschafts- und Finanzkrise infolge der hohen Inflation und der gestiegenen Zinsen.

Insgesamt keine guten Rahmenbedingungen, um einen HH-Plan aufzustellen

Es bleibt nur zu versuchen, die Auswirkungen der Krisen so gut wie möglich zu managen, also eher zu verwalten als zu gestalten.

...

Die vorgelegte Planung für den Haushalt 2024 kommt – im Gegensatz zum Vorjahr – erfreulicherweise ohne Steuererhöhung aus. Im ordentlichen Ergebnis schließt die Planung (*nach der Änderungsliste*) mit einem leichten Überschuss ab.

Jedoch ist die bei der Einbringung noch erwähnte Gewährleistung der Vorgaben der Gemeindehaushaltsverordnung aufgrund der vorgenommenen Anpassungen im Ergebnishaushalt nicht mehr gegeben. Dennoch erscheint eine Haushaltsgenehmigung durch die Kommunalaufsicht möglich.

...

Die Kommunen – und damit auch die Stadt Lampertheim – sind nach der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) dazu verpflichtet, ihr Vermögen und ihre Einnahmen so zu verwalten, dass die Gemeindefinanzen gesund bleiben, die stetige Aufgabenerfüllung gesichert und der Haushalt ausgeglichen ist.



Sollte dies nicht der Fall sein, hat die Kommune alle Anstrengungen zu unternehmen, um diese Angleichung herbeizuführen.

...

Die Stadtverwaltung hat sich im Rahmen des HH-Aufstellungsverfahrens richtigerweise auch die Aufwandsseite kritisch angesehen und bereits im Planungsprozess entsprechende Einsparmöglichkeiten erkannt und berücksichtigt.

Laut der Einführungsrede des Bgm konnte die Stadtverwaltung im laufenden Jahr 2023 nur das Nötigste erledigen.

...

Auch geht die **demografische Entwicklung** nicht spurlos an der Stadtverwaltung vorbei. Es droht nicht nur ein Wissensverlust in den nächsten Jahren, sondern es besteht bereits jetzt ein spürbarer **Fachkräftemangel**. Stellen können nicht oder nicht adäquat wiederbesetzt werden.

Dies bietet allerdings auch die Chance nochmals zu überprüfen, ob das Aufgabengebiet in der bisherigen Form so bestehen bleiben muss oder – im Zuge einer kontinuierlichen Aufgabenkritik – angepasst werden könnte.

Hier bieten sich eventuell auch Möglichkeiten, Synergien oder Potenziale zu heben.

Uns ist bewusst, dies geht nicht bei jeder Stelle, aber dennoch sollte diese Überprüfung standardmäßig erfolgen.

...

Die **Finanzsituation** lässt weiterhin grundsätzlich keine Spielräume für zusätzliche freiwillige Aufgaben oder höhere Standards bei der Aufgabenerfüllung.

Auch hier muss fortlaufend untersucht werden, ob wir alle bisherigen Aufgaben so weiter erledigen können und wenn ja, mit welchem personellen und finanziellen Aufwand dies verbunden werden kann.



Die Kommune ist zwar grundsätzlich allzuständig, kann aber nicht alle Forderungen und Wünsche erfüllen.

Es müssen folglich **Prioritäten** von Verwaltung und Kommunalpolitik gesetzt werden.

...

Zu den HH-Zahlen:

Die für 2024 geplanten **Erträge** steigen in Summe auf **92,6 Mio. Euro** an. Maßgeblich hierfür ist der Zuwachs an Steuern von über 3,1 Mio. Euro (brutto). Gegenüber dem Ansatz 2023 sind dies rund 2,4 Mio. Euro mehr auf der Habenseite.

Leider wird dieser zunächst erfreuliche Effekt durch vergleichsweise deutlich höhere Aufwendungen von rund 4,0 Mio. Euro ins Negative gekehrt.

Maßgeblich an dieser deutlichen Erhöhung sind die gegenüber dem Vorjahr 2023 um satte 10 % gestiegenen **Personalaufwendungen** und dies bei nahezu unveränderter Stellenzahl (408 Planstellen).

Insbesondere schlagen hier die beträchtlichen Tarifsteigerungen und die Anpassung der Beamtenbesoldung (+ 2,9 Mio. Euro) zu Buche. Dagegen sind die Mehraufwendungen für die Versorgungskasse (+ 527 TEUR) fast schon zu vernachlässigen.

...

Der Aufwand für **Sach- und Dienstleistungen** beträgt – nochmals nach oben korrigiert - nun **14,9 Mio. Euro** und erreicht fast das Vorjahresniveau (15,6 Mio. Euro).

Daneben sind natürlich auch Ausgabenblöcke dabei, die nicht direkt beeinflusst werden können, wie die **Kreis- und Schulumlage** (in Summe ca. **32,5 Mio. Euro**).

Damit tendieren die Handlungs- und Gestaltungsspielräume nahezu gegen Null.

Das Thema **Kinderbetreuung** wird an anderer Stelle noch diskutiert werden.

...



Investitionen

Aus den vergangenen Jahren kennen wir, dass der Umsetzungsstand im Bereich der Investitionen nicht den Planvorgaben entspricht, da regelmäßig geplante Investitionsmaßnahmen aus unterschiedlichen Gründen nicht umgesetzt werden.

Das geplante Investitionspaket in Summe von rund **15,5 Mio. Euro** (davon 9,0 Mio. durch Kreditfinanzierung) ist wie jedes Jahr wieder ambitioniert. Wir lassen uns aber von der Leistungsfähigkeit der Verwaltung hier gerne überzeugen.

Zu den eingereichten HH-Anträgen:

TOP 11.1.1 und 11.1.2 Anträge der SPD-Fraktion

Vordach der Friedhofskapelle im Rosengarten

Ablehnung

Derzeit keine Priorität. Gegenüber anderen dringlicheren Maßnahmen derzeit finanziell nicht darstellbar.

Erhöhung Hebesatz bei der Gewerbesteuer auf 400 Punkte

Wir haben im letzten Jahr im Rahmen der HH-Beratung die Aussage getroffen, dass wir in 2023 zwar die Grundsteuer erhöhen (müssen), aber in 2024 ohne Steuererhöhungen auskommen werden. An diese Zusage halten wir uns!

Ablehnung

...

Die **Koalition aus CDU und Grünen** hat angesichts der finanziellen Gesamtsituation auf eigene HH-relevante Anträge bewusst verzichtet.



Waldwirtschaftsplan

Der Wald hat viele wichtige Funktionen als Lebensraum für Tiere und Pflanzenarten. Neben der Erholungsfunktion verbessert und schützt er das Klima. Weiterhin hat unser Wald auch eine wirtschaftliche Bedeutung für unseren Kommunal-Haushalt.

Wir stimmen dem Waldwirtschaftsplan zu.

...

Es ist weiterhin das Ziel, Deutschland **bis 2045 klimaneutral** zu gestalten. Dazu müssen auch die Kommunen ihren Beitrag leisten.

Ich darf deshalb nochmals an den **Beschluss der StVV vom 14. Juli 2021 „Integriertes Klimaschutzkonzept für die Stadt Lampertheim“** erinnern. Hier gibt es mittlerweile erste Fortschritte, aber auch noch viel an Arbeit. Insofern würden wir dies gerne auch personell im Rahmen des vorhandenen Stellenplans verstetigt sehen.

Was das Thema **Steuerung, Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit** betrifft, müssen wir uns auch für die Darstellung im Haushaltsplan selbst Gedanken machen. Die Regelungssystematik der GemHVO sieht vor, dass die Steuerung anhand der Produkte sowie der zugehörigen Ziele und Kennzahlen zu erfolgen hat.

...

Die aktuellen Krisen und Herausforderungen zeigen Versäumnisse der Vergangenheit und auch der Gegenwart deutlich auf – sei es bei Klima, Infrastruktur oder Digitalisierung.

Wir können diese gewaltigen Herausforderungen nur gemeinsam und miteinander bewältigen.

**Fraktion
in der Stadtverordnetenversammlung
der Stadt Lampertheim**



Der Bund und insbesondere das Land Hessen bleiben weiterhin aufgefordert, den Kommunen eine auskömmliche Finanzausstattung zur Verfügung stellen. Insofern sind wir sehr gespannt, ob und welche durch die mutmaßliche neue hessische Landesregierung angekündigten Maßnahmen zur finanziellen Verbesserung der Kommunen tatsächlich vor Ort ankommen.

Die kommunale Ebene muss aber auch durch eine kritische Selbstüberprüfung ihre freiwilligen Aufgaben und die Standards der Aufgabenerfüllung regelmäßig hinterfragen, bevor an der Steuer- und Gebührenschaube gedreht wird.

...

Wir hoffen als Grüne-Fraktion, einen Beitrag zur Konsolidierung und damit zur Sicherstellung der Aufgabenerfüllung zum Wohl der Lampertheimer Bevölkerung geleistet zu haben und stimmen – trotz der schwierigen Rahmenbedingungen - dem **Haushaltsplan 2024** in der aktualisierten Form zu.

Dank.

gez.

(Stefan Nickel)
Fraktionsvorsitzender